

Hansestadt Osterburg (Altmark)



TYP: Beschlussvorlage
Status: öffentlich
Nummer: IV/2024/065

Datum: 06.08.2024
Aktenzeichen:
Einreicher: Bürgermeister
Federführendes Amt: Bau- und Wirtschaftsförderungsamt

Gremium	Termin	Genehmigung	Stimmverh.	J	N	E
Ausschuss für Bauen und Stadtentwicklung	03.09.2024					
Haupt- und Finanzausschuss	10.09.2024					
Stadtrat	17.09.2024					

Betreff

Teilnahme der Hansestadt Osterburg (Altmark) am geförderten Projekt „Klima trifft Kommune“, zwecks Durchführung eines Beteiligungsverfahrens.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt:

1. Die Hansestadt Osterburg beginnt eine Projektkooperation mit den Vereinen Mehr Demokratie e. V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e. V. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung organisieren diese in Osterburg einen Bürgerrat mit 30 zufällig aus dem Einwohnermelderegister gelosten Teilnehmenden. Der Bürgerrat soll in 2025 stattfinden. Themengebiet des Bürgerrats soll „Radverkehr und Mobilität in Osterburg“ sein.
2. Die Bürgerrat-Empfehlungen fließen in die Erstellung eines Radverkehr- und Mobilitätskonzeptes ein, welches Bestandteil des zu erstellenden Klimaschutzkonzeptes sein wird.
3. Der Bürgerrat erarbeitet Themenschwerpunkte, die im Rahmen eines Bürgerentscheides beschlossen werden sollen. Das Referendum dazu findet im Rahmen der Landtagswahlen im Jahr 2026 statt.

.....
Bürgermeister

Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Für immer wiederkehrende Fragestellungen wie z.B. die Befahrbarkeit der Breiten Straße, die Anbindung aller Ortsteile an die Kernstadt und die Hauptverkehrsströme, der Ausbau vorhandener und der Neubau von notwendigen Radverkehrswegen und die Parkplatzsituation in Osterburg, möchte die Verwaltung einen Bürgerrat ins Leben rufen

deren Beratungsergebnisse in das zu erstellende Klimaschutzkonzept mit einfließen sollen. Aufbauend auf den Erfahrungen des 1. Bürgerrates, in dessen Ergebnis 34 Handlungsempfehlungen an den Stadtrat übergeben wurden, soll das „Schwarmwissen“ ausgeloster Bürgerinnen und Bürger helfen, unvoreingenommen und offen neue oder alternative Sichtweisen über die oben genannten und weitere Fragestellungen zu entwickeln.

Mobilität ist ein wichtiges Thema, gerade im ländlichen Raum. Insbesondere mit Blick auf eine Verbesserung des Radverkehrs besteht Handlungsbedarf, damit Radfahren sicher und bequem möglich ist, etwa für Schulkinder oder Menschen aus den Ortschaften. Bund und Länder stellen umfangreiche Förderprogramme für den Radverkehrsausbau zur Verfügung. Allerdings können Kommunen auf diese Töpfe nur zugreifen, wenn kommunale Radverkehrskonzepte vorliegen.

Für die Erstellung eines solchen Konzeptes ist es sinnvoll die Bürger der Einheitsgemeinde eng einzubeziehen, da sie diejenigen sind, die Mobilitätsangebote im Alltag nutzen. Dabei gilt es unterschiedliche Perspektiven zu berücksichtigen.

Osterburg hat beim 1. Bürgerrat der in Sachsen-Anhalt durchgeführt wurde, bereits gute Erfahrung damit gemacht, auf Basis einer Losziehung Bürger zu konsultieren und um Empfehlungen zu einem Thema zu bitten. Das Format Bürgerrat erscheint daher auch geeignet, die Grundlagen zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes vorzubereiten.

Durch die Teilnahme am Projekt „Klima trifft Kommune“, das von den gemeinnützigen Vereinen Mehr Demokratie e. V. und Bürgerbegehren Klimaschutz e. V. mit Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und der Postcodelotterie organisiert wird, ist es für Osterburg möglich einen Bürgerrat mit geringem Aufwand durchzuführen. Die beiden Organisationen haben ausgewiesene Expertise im Bereich der Bürgerbeteiligung und können als neutrale Prozessexperten eine qualitativ hochwertige Prozessdurchführung garantieren.

Auf Basis der Empfehlungen des Bürgerrats werden externe Fachleute ein Radverkehrs- und Mobilitätskonzept für Osterburg entwickeln. Dieses wird Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes.

Im Rahmen des Projekts „Klima trifft Kommune“ werden Bürgerräte mit dem direkt-demokratischen Element des Ratsreferendums kombiniert. Dazu initiiert der Stadtrat einen Bürgerentscheid.

Dies dient dazu sicherzustellen, dass Antworten auf Fragen von hoher Wichtigkeit, die sich der Bürgerrat während seiner Beratungen erarbeitet, tatsächlich von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet wird. Im Vorfeld des Bürgerentscheids findet eine Information der Bevölkerung, z. B. durch eine niedrigschwellige Abstimmungsbroschüre mit Pro- und Contra-Argumenten oder geeignete Informationsveranstaltungen statt. Ziel der Information ist es, dass die Bevölkerung weiß, worüber sie abstimmt und den Hintergrund des Verfahrens kennt.

Konkrete Details des Beteiligungsverfahrens werden die Durchführer in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeiten. Angedachte Eckpunkte stehen bereits fest:

- Der Bürgerrat soll ca. 25-30 Teilnehmer haben, die auf Basis des Einwohnermelderegisters ausgelost werden. Dabei soll eine proportionale Verteilung von Alter, Geschlecht und Ortschaften erreicht werden.
- Sollte die Anzahl der Teilnehmenden, die sich zurückmelden und im Bürgerrat mitarbeiten wollen, nicht ausreichen, wird das „aufsuchende Losverfahren“ angewendet. Dabei werden die Menschen vor Ort aufgesucht und um Teilnahme gebeten. Die Erfahrung andernorts zeigt, dass dadurch die Rückmeldequote stark erhöht werden kann und auch solche Menschen erreicht werden, die sonst nicht bei Beteiligungs-Verfahren mitmachen würden.
- Das Losverfahren, inklusive des Aufsuchens nehmen die Durchführer gemeinsam mit der Verwaltung vor.
- Übergeordnetes Thema und Titel des Bürgerrats ist: „Mobilität in Osterburg“ Ziel ist es Grundlagen für ein Radverkehrs- und Mobilitätskonzept für Osterburg zu erarbeiten. Dabei sollen insbesondere auch mutmaßlich umstrittene und weitreichende Themen

besprochen werden. Jeder Teilnehmer hat die Möglichkeit selbst Anliegen und Themen in die Besprechungen mit einzubringen.

Es ist geplant, dass sich der Bügerrat zu insgesamt 6 Sitzungen, mit einer jeweiligen Dauer von 3 Stunden trifft, wobei ein zwei- bis vierwöchiger Sitzungstakt vorgesehen ist.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt der Beschlussvorlage zuzustimmen.

inanzielle Auswirkung:

Aufwendungen von ca. 1.200 EURO für Getränke und einen kleinen Imbiss für die Beratungen des Bügerrates.

Unterschrift Amtsleiter

Mitzeichnung Kämmerer